Anfrage Nr. 228 der Fraktion der CDU/CSU

betr. Besatzungsgeschädigte.

Durch die Beschlagnahme von Wohnungen, gewerblichen und industriellen Räumen durch die Besatzungsmächte sind weite Bevölkerungskreise, insbesondere Familien, in eine bedrängte Lage gekommen. Viele von ihnen sind bis heute nur notdürftig und menschenunwürdig untergebracht. Die beschlagnahmten Räume dagegen werden zum Teil zweckfremd verwandt.

Die lange Dauer der Beschlagnahme vergrößert die Beunruhigung der betroffenen Bevölkerungskreise. Eine sofort fühlbare Entlastung der Besatzungsgeschädigten sowie Maßnahmen zum Zwecke einer endgültigen Lösung dieser Frage sind dringend notwendig.

Das Bundesministerium der Finanzen hat am 17. August 1951 der Alliierten Hohen Kommission ein Momorandum zur Behebung dieser auch das Verhältnis zwischen Besatzungsangehörigen und Deutschen belastenden unhaltbaren Zustände unterbreitet.

Wir bitten die Bundesregierung um Auskunft:

- 1. Sind die Alliierten auf die von der Bundesregierung gemachten Vorschläge eingegangen?
- 2. Welche Maßnahmen sind in Aussicht genommen?

Bonn, den 13. November 1951

Morgenthaler Becker (Pirmasens) Dr. von Brentano und Fraktion